

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/010

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027

30. Juni 2026

Sachantrag

der Listen „Liste LINKS – Offene AusländerInnenliste * Linke Liste * andere Aktive“, „junge sozialist:innen & fachschaftsaktive“ und „SDS* – Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband“

Für die Ausfinanzierung der Universität – jetzt erst Recht! Wissen schafft Zukunft!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Am 11.06.2026 haben rund 7000 Hochschulmitglieder – Studierende, wissenschaftliche Mitarbeitende, Professor:innen und Technisches, Verwaltungs- und Bibliothekspersonal – auf der fulminanten Demonstration „Wissen schafft Zukunft“ für eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung demonstriert. In den Redebeiträgen, Sprechchören, Transparenten und Schildern kam klar das Bewusstsein zum Ausdruck: Der Kampf um die förderliche Finanzierung der Universität ist mit dem Kampf um eine förderliche Entwicklung der Gesellschaft verbunden. Bildung und Wissenschaft sind die Alternative zu Konkurrenz und Kürzungen.

Das Studierendenparlament bekräftigt die Forderung der Demonstration: 30 Millionen Euro zusätzlich und dauerhafte Dynamisierung des Grundetats der Universität Hamburg, mit Ausgleich der Tarif- und Kostensteigerungen. Wir sagen klar Nein zu der vom Senat vorgeschlagenen Erhöhung des Semesterbeitrags um 30 Euro auf 414 Euro. Keine Verlängerung der Arbeitszeit und kein Stellenabbau durch Vakanzhaltungen! Wissen schafft Zukunft!

Der Hamburgische Senat ist damit zu einem Kurswechsel hin zum Allgemeinwohl aufgerufen. Die angedrohte Kürzungspolitik, für die die Bevölkerung mit Erhöhung allerlei Gebühren, Arbeitszeitverlängerung und Serviceeinschränkungen blechen soll, ist dreist, falsch und nicht alternativlos. Geld ist genug da. Allein die konsequente Steuerprüfung der Millionäre und Milliardäre in Hamburg wird das Haushaltseinkommen erhöhen – und erst Recht die nachdrückliche Steuererhebung bei den Reichsten! Hamburg braucht keine weiteren prestigeträchtigen Großbauprojekte wie den Elbtower oder die Kühne-Oper. Es wird eine sinnvolle staatliche Investitionspolitik in Arbeit, Bildung und Kultur gebraucht – die Schuldenbremse muss dafür endgültig gestrichen werden.

Wir werden uns in die Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft in den kommenden Wochen mit öffentlicher Agitation, Kundgebungen und kritischen Besuchen in Wissenschafts- und Haushaltsausschusssitzungen einmischen.

Die kommenden Wochen werden wir zur Aufklärung und Mobilisierung nutzen, um das kommende Wintersemester zu einem Protestsemester zu gestalten, mit Vollversammlungen, öffentlicher Agitation, Diskussionsveranstaltungen und einer großen

2

44 Bündnisdemonstration. Dafür vertiefen wir die Kooperation mit den Mitstreiter:innen der
45 weiteren Hamburger Hochschulen und suchen das Bündnis mit Gewerkschaften und
46 Wohlfahrtsverbänden.

47

48 **Begründung**

49

50 --